

Niederschrift

Gremium:	Rat
Sitzung:	35. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (RA/2013/035)
Sitzungsdatum:	Mittwoch, 24.04.2013
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Zimmer 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Anwesend:

Bürgermeister

Büter, Felix

CDU

Benölken, Franz
Bohmert, Heinrich
Ellerkamp, Martin
Große-Berg, Franz-Josef
Kreuziger, Petra
Lefert, Heinrich
Pomberg, Winfried
Reehuis, Markus
Terbrack, Karl Heinz
Terhalle, Josef
Vortkamp, Thomas
Wantia, Beatrix
Witte, Josef
Wittenbrink, Thomas
Woltering, Maria

SPD

Dönnebrink, Andreas
Fischer, Mathilde
Gerick, Alfons
Haveresch, Reinhard
Heitmann, Helene
Herickhoff, Hermann Josef
Lambers, Klaus

UWG

Heijnk, Annegret
Homann, Dieter
Kersting, Hubert
Lange-Röttger, Annette
Ruwe, Felix
Schulte, Renate

FDP

Horst, Reinhard
Klein, Wolfgang

Bündnis 90/Die Grünen

Eisele, Dietmar
Löhring, Klaus

WGW

Frankemölle, Norbert

PARTEILOS

Müller, Horst

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg
Beckmann, Georg
Kühlkamp, Hermann

stellv. Schriftführer(in)

Wellers, Fabian

Vertretung für Herrn Leuker

es fehlen entschuldigt:

CDU

Enning-Harmann, Rudolf
Enste, Margarete
Gerwing, Hermann - Josef
Levi, Birgit
Mensing, Peter
Schmeing, Aloys

FDP

Gottheil, Christiane

WGW

Haveloh, Hermann Josef

Schriftführer(in)

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 34. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am 21.03.2013
- 2 Einwohner/innenfragestunde
- 3 Bauleitplanung
- 3.1 Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 73 - Gerwinghook -;
Ergebnis der Geruchsimmissionsmessung
- 4 Vorschläge für die Wahl der Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Schöf-
finnen und Schöffen
- 5 Antrag der WG-W-Fraktion
- 5.1 Rückstellung der Umwidmung Ammelner Weg zur Fahrradstraße
- Antrag vom 15.04.2013

A. Öffentliche Sitzung

**1 Niederschrift über die 34. öffentliche Sitzung des Rates der Stadt Ahaus am
21.03.2013**

Ratsfrau Hejink (UWG-Fraktion) verweist in der Niederschrift zu TOP 8 der öffentlichen Sitzung auf die Ankündigung der Verwaltung, die Fraktionen über den Zeitpunkt und die Kosten der Dachsanierung an der alten Sporthalle in Alstätte zu informieren. Dies sei bislang nicht geschehen.

Bürgermeister Büter und Beigeordneter Beckmann erläutern, dass es in den letzten Jahren keine solchen Arbeiten gegeben habe, diese somit länger zurückliegen müssten. Bürgermeister Büter sichert eine zeitnahe Information des gesamten Rates diesbezüglich, gegebenenfalls per E-Mail, zu.

Im Anschluss wird die Niederschrift der 34. öffentlichen Sitzung des Rates am 21.03.2013 anerkannt.

Protokollnotiz:

Mit E-Mail vom 25.04.2013 wurden die Vorsitzenden aller Fraktionen wie erbeten über die Dachsanierung an der alten Sporthalle informiert.

2 Einwohner/innenfragestunde

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

3 Bauleitplanung

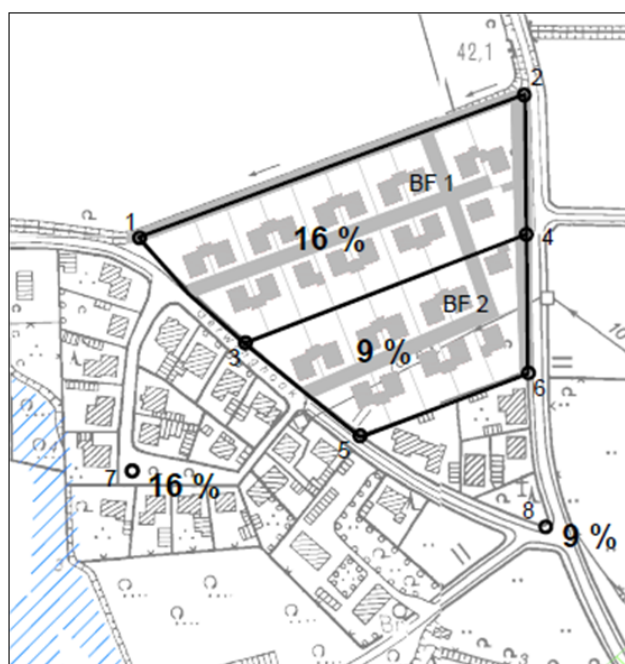
3.1 Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 73 - Gerwinghook -; Ergebnis der Geruchsimmissionsmessung

V/2010/0190/1

Bürgermeister Büter verweist zunächst auf die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr am 11.04.2013, in der die unterschiedlichen Methodiken zur Messung von Geruchsimmissionen sowie die Ergebnisse der aktuellen Messungen bereits detailliert dargelegt worden seien.

Beigeordneter Beckmann gibt anschließend ergänzende Informationen zur gewählten Methode der Rasterbegehung, die in einem Zeitraum von rund sechs Monaten stattgefunden habe. Die letzte Begehung sei dabei kurz vor Weihnachten des vergangenen Jahres durchgeführt worden.

Die festgelegten Begehungspunkte 1 – 8 (siehe Abbildung) orientierten sich dabei am städtebaulichen Strukturkonzept alter Fassung.



Die Begehungen selbst seien zu verschiedenen Zeiten und verschiedenen Wetterlagen durch zuvor geschulte Probanden durchgeführt worden, die die genommenen Proben anhand vorgegebener Parameter (z.B. Schweinegeruch, Rindergeruch oder Geruch nach sonstigen landwirtschaftlichen Aktivitäten, einmalige oder dauerhafte Belastung, etc.), ausgewertet und zu Protokoll gegeben hätten.

In der Beobachtungsfläche 2 (BF 2) seien Ergebnisse festgestellt worden, die in der Gesamtbetrachtung zu einem Geruchsimmissionswert von 9 % führten. In der Beobachtungsfläche 1 (BF 1) sei ein Geruchsimmissionswert von 16 % erreicht worden. Dieser Wert sei ebenfalls innerhalb der bestehenden Bebauung am Messpunkt 7 festgestellt worden.

Der Richtliniengrenzwert für Wohnbebauung läge bei 10 %. Aus der deutlichen Überschreitung des Grenzwertes in der BF 1 resultiere der vorliegende Beschlussvorschlag.

Ratsherr Herickhoff (SPD-Fraktion) erfragt, ob beide Flächen, also BF 1 und BF 2 von der Stadt angekauft worden seien oder nur einzelne Teile. Ferner erkundigt er sich, warum nicht schon vor dem Ankauf entsprechende Gutachten eingeholt worden seien und wie zukünftig in solchen Fällen vorgegangen werde. Zusätzlich solle dargelegt werden, wie hoch ein eventueller Verlust zwischen Ankaufspreis und aktuellem Verkehrswert bei Verkauf sei und was mit der nun nicht mehr zu nutzenden Fläche geschehen solle.

Beigeordneter Beckmann erläutert, dass im Jahr 2004 die gesamte Fläche angekauft worden sei. Die nicht mehr zu wohnbaulichen Zwecken nutzbaren Flächen (BF 1) seien gleichwohl theoretisch noch zur landwirtschaftlichen Nutzung geeignet.

Zur Wertfeststellung verweist Beigeordneter Beckmann auf den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung. Der Restbuchwert der Gesamtfläche BF 1 + BF 2 belaufe sich laut Bilanz jedoch auf momentan 66.328,00 €.

Die zukünftige Vorgehensweise wird von Bürgermeister Büter erläutert. Weiterhin solle zur Schaffung von Wohnbauland Ackerland angekauft, die Fläche dann überplant und schließlich zu den dann insgesamt entstandenen Kosten vermarktet werden. Eine vorherige Überplanung inklusive Gutachten würde die Preise für das anzukaufende Ackerland deutlich erhöhen. Dies könne und solle daher nur bei bereits abzusehenden immissionsschutzrechtlichen Problemen durchgeführt werden.

Mit der bisherigen Vorgehensweise sei man daher in der Vergangenheit wirtschaftlich besser gefahren. Bei der vorliegenden Fläche selbst sei eine derartige Immissionsentwicklung im Jahr 2004 noch nicht absehbar gewesen.

Ratsfrau Heijnk (UWG-Fraktion) stellt die Zustimmung der UWG-Fraktion in Aussicht und verweist auf die brachliegenden Flächen im Gebiet Ödding, die ebenfalls nutzbar seien.

Ratsherr Ellerkamp von der CDU-Fraktion erläutert, dass es gerade für Alstätte gut sei, überhaupt wieder Wohnbauflächen zu schaffen. Das dies im vorliegenden Fall mit erhöhtem planerischen und gutachterlichen Aufwand geschehen müsse, würde durch die Vorteile aufgewogen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Vorkamp schlägt vor, die Fläche im Bezug auf eine erhöhte Anzahl der zu schaffenden Grundstücke anders zu planen. Fraktionsvorsitzender Horst von der FDP-Fraktion unterstützt diese Anmerkung.

Bürgermeister Büter erklärt hierzu, dass die heutige Entscheidung ein Auftrag an die Verwaltung sei, einen Entwurf für den Bebauungsplan zu erstellen. Hier könnten entsprechende Anregungen einfließen.

Ratsherr Witte (CDU-Fraktion) hinterfragt nochmals die genauen Eigentums- und Rechtsverhältnisse der fraglichen Flächen. Beigeordneter Beckmann verweist hierzu auf den nicht-öffentlichen Teil der Sitzung.

Ratsherr Eisele von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen weist darauf hin, dass sich die geplante verkehrliche Erschließung problematisch gestalte. Beigeordneter Beckmann erläutert, dass sich die Grundstücksgrößen und die weitere Planung aus dem städtebaulichen Strukturkonzept alter Fassung ergeben. Eine Planung anhand des neuen Strukturkonzeptes werde sicherlich andere Ergebnisse zeigen. Dies sei aber Teil der Erstellung des Bebauungsplanentwurfs. Detailfragen sollten in den entsprechenden Gremien geklärt werden.

Der Rat der Stadt beschließt auf Empfehlung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr:

1. Die Ergebnisse der als Anlage 1 beigefügten Rasterbegehung zur Ermittlung der vorhandenen Geruchsbelastung werden gebilligt.
2. Der räumliche Geltungsbereich des Bebauungsplans Nr. 73 – Gerwinghook -, den der Rat der Stadt am 14. Juli 2010 beschlossen hat, wird entsprechend der in Abbildung 1 dargestellten Abgrenzung, die Bestandteil dieses Beschluss ist, geändert.

Abbildung 1: Städtebauliches Strukturkonzept (neu)



Grenze des räumlichen Geltungsbereichs (§ 9 (7) BauGB)

3. Das in Abbildung 1 dargestellte städtebauliche Strukturkonzept (neu) wird gebilligt. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage dieses städtebaulichen Strukturkonzepts
 - a) den Vorentwurf des Bebauungsplans zu erstellen und
 - b) die frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung nach den §§ 3 (1) und 4 (1) BauGB durchzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

4 Vorschläge für die Wahl der Vertrauenspersonen für den Ausschuss zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen

V/2013/0652

Bürgermeister Büter bittet die Fraktionen um Vorschläge.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) stellt einen einheitlichen Wahlvorschlag in Aussicht und schlägt für seine Fraktion Herrn Werner Waldmann und Herrn Franz-Josef Weuthen sowie für die FDP-Fraktion Herrn Frank Schröder vor. SPD-Fraktionsvorsitzender Dönnebrink schlägt Herrn Klaus Lambers vor. Für die UWG-Fraktion nennt Fraktionsvorsitzender Ruwe Herrn Jürgen Goerke als Vorschlag. Fraktionsvorsitzender Klaus Löhring schlägt für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Herrn Dietmar Eisele vor.

Der Rat der Stadt Ahaus schlägt dem Kreistag des Kreises Borken folgende Vertrauenspersonen in beisitzender Funktion für den beim Amtsgericht Ahaus zu bildenden Ausschuss zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Amtszeit vom 01.01.2014 bis zum 31.12.2018 vor:

1. Werner Waldmann, Blumenstraße 22, 48683 Ahaus-Wessum
2. Franz Josef Weuthen, Bussardweg 41. 48683 Ahaus
3. Frank Schröder, Lönsweg 15, 48683 Ahaus
4. Klaus Lambers, Flörbachstraße 18, 48683 Ahaus-Wessum
5. Jürgen Goerke, Hochstraße 29, 48683 Ahaus-Alstätte
6. Dietmar Eisele, Textilstraße 13, 48683 Ahaus-Ottenstein

Abstimmungsergebnis:

Einstimmiger Beschluss

5 Antrag der WGW-Fraktion

5.1 Rückstellung der Umwidmung Ammelner Weg zur Fahrradstraße - Antrag vom 15.04.2013

A/2013/0104

Ratsherr Frankemölle (WGW-Fraktion) erläutert den Antrag seiner Fraktion.

Er zitiert aus dem Gutachten der ausführenden Ingenieurgesellschaft INGPLAN GmbH, dass eine Abbindung des Ammelner Weges schon vor Erweiterung der Bebauung umgesetzt werden könne. Hierdurch käme es zwar zu Verlagerungen des Verkehrs, diese seien jedoch aufgrund der niedrigen Frequentierung des Ammelner Weges als Durchgangsstraße und der Dimensionierung des umliegenden Straßennetzes tolerierbar.

Ratsherr Frankemölle erläutert zu diesem Gutachten, dass dieses nur auf Schätzungen beruhe. Leider wisse man nicht, zu welchen Zeiten eventuell durchgeführte Zählungen stattgefunden hätten. Sicherlich hätten diese nicht morgens oder mittags zu Zeiten des Schul- und Arbeitsverkehrs stattgefunden.

Im Auftrag der WGW-Fraktion hätten nun einige Rentner an zwei verschiedenen Wochentagen jeweils zwischen 07:00 Uhr und 08:30 Uhr eigene Zählungen durchgeführt. Die Ergebnisse zeigten, dass in den Stoßzeiten eine sehr hohe Frequentierung des Ammelner Weges festgestellt werden könne.

Ratsherr Frankemölle formuliert im Anschluss die Befürchtungen der WGW-Fraktion, dass sich aufgrund dieser Tatsachen bei einer Abbindung des Ammelner Weges zu den Stoßzeiten mehrere Gefahrenpunkte, beispielsweise auf der Danziger Straße oder Breslauer Straße entstünden. Dies sei auch der Fall, da beide Straßen nicht über einen Fahrradweg verfügen würden und hier die Radfahrer bei steigendem Autoverkehr ebenfalls auf der Fahrbahn fahren müssten.

Er macht zum Abschluss deutlich, dass eine Abbindung des Ammelner Weges, bzw. dessen Umwidmung zur Fahrradstraße auch von Seiten der WGW-Fraktion als durchaus sinnvoll erachtet würde, die Abbindung für den Autoverkehr jedoch erst nach Fertigstellung der geplanten Erschließungsstraße zum Hohen Weg veranlasst werden solle. Daher stelle die WGW-Fraktion den Antrag zur Rückstellung der Umwidmung.

Ratsherr Kersting (UWG-Fraktion) merkt an, dass der Ammelner Weg seit nunmehr 43 Jahren als Hauptverbindung für den Schülerverkehr zur Ahauser Schule genutzt würde. Auch würden die Baugebiete an der Umflut über diesen Bereich erschlossen. Schlussendlich würden auch die Bewohner aus den umliegenden Bauernschaften den Ammelner Weg für den Weg zur Kirche, zum Friedhof oder zum Kindergarten nutzen. Aus diesem Grunde sei eine Umwidmung zur Fahrradstraße an dieser Stelle zwar vernünftig und angemessen, eine verkehrliche Alternative sei aber Grundvoraussetzung für eine solche Maßnahme. Die einzige

Alternative sei die von Ratsherr Frankemölle (WGW-Fraktion) genannte Erschließungsstraße zum Wohngebiet Wüllen-Nord. Daher würde sich die UWG-Fraktion dem gestellten Antrag anschließen.

Ratsherr Bohmert (CDU-Fraktion) erläutert, dass die Problematiken der Verkehrssituation hinreichend bekannt seien. Das vorliegende erarbeitete Konzept zur Entschärfung der Gefahrenlagen sei gut. Es müsse nunmehr nur noch umgesetzt werden, da bereits sehr viel Zeit mit Verhandlungen verstrichen sei. Man habe ergänzend die Zusicherung der Verwaltung, dass nach der Umsetzung der Maßnahme weiterhin kritisch verfolgt würde, wie sich die Veränderungen auf den Verkehr auswirken. Eventuelle Nachbesserungen könnten dabei schnell vollzogen werden.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) weist darauf hin, dass die grundlegende Entscheidung für die Umwidmung zur Fahrradstraße bereits vor zwei Monaten in der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr getroffen worden sei. Da es seit dieser Entscheidung keine neuen Sachverhalte gebe, werde die FDP-Fraktion den gestellten Antrag nicht unterstützen.

Fraktionsvorsitzender Dönnebrink (SPD-Fraktion) erklärt, dass eine Umsetzung der Fahrradstraße ohne Entlastungsstraße als verkehrliche Alternative nicht sinnvoll sei. Der Plan, nach der Umsetzung erst einmal zu beobachten, wie sich der Verkehr entwickelt sei nicht nachvollziehbar. Er stellt abschließend in Aussicht, dass die SPD-Fraktion den Antrag unterstützen werde.

Ratsherr Bohmert (CDU-Fraktion) erfragt, worauf die Befürchtung einer Verlagerung des Verkehrs auf die von Ratsherr Frankemölle (WGW-Fraktion) genannten Gefahrenpunkte beruhe, da keinerlei belastbare Zahlen und Fakten vorgetragen worden seien.

Ratsherr Frankemölle (WGW-Fraktion) erläutert, dass bislang nur Schätzungen aufgrund der Daten aus der Zählung durch die Rentner möglich seien. Doch selbst bei der Annahme von nur 50 % der erhobenen Zahlen sei die entstehende Situation äußerst gefährlich.

Bürgermeister Büter verweist auf die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr. Auch in dieser Sitzung sei klar gesagt worden, dass die Erschließung über das neue Wohngebiet erst zu einem späteren Zeitpunkt geplant sei. Die Verwaltung habe dargestellt, dass über den Ammelner Weg zu Stoßzeiten sowohl Radfahrer als auch Autofahrer fahren würden. Der Linksfahrradweg müsse jedoch aufgrund gesetzlicher Vorgaben aufgegeben werden. Entstünde nun keine Fahrradstraße, müssten alle Verkehrsteilnehmer die Fahrbahn nutzen.

Ratsherr Eisele von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betont, dass eine Fahrradstraße weiterhin auch von Autos genutzt werden könne, die dann nur nicht mehr vorfahrtsberechtigt seien. An dieser Stelle sei eine unter diesen Maßgaben eingerichtete Fahrradstraße auch durchaus sinnvoll, den Autoverkehr bis zur Erschließung des neuen Wohngebietes komplett auszuschließen sei dagegen nicht der richtige Weg. Seine Fraktion würde daher den vorliegenden Antrag unterstützen.

Bürgermeister Büter verdeutlicht an dieser Stelle nochmals den Status Quo: Die Fahrradfahrer führen derzeit auf der linken Seite, würden die Ampel auf der linken Seite passieren und müssten dann den Ammelner Weg queren um auf der rechten Seite weiterzufahren. Somit käme es hier ohne Abbindung des Ammelner Weges zu einer Kollision mit dem durchfahrenden Autoverkehr.

Ratsherr Benölken (CDU-Fraktion) geht auf die erhobenen Zahlen ein und erklärt, dass ein Verehrsaufkommen von maximal 180 Autos in 90 Minuten bereits an anderen Stellen in Ahauser Wohngebieten erreicht, bzw. deutlich übertroffen würden.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) verweist ebenfalls nochmals auf die Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr. Die Verkehrslage am Ammelner Weg sei bereits seit Jahren Teil politischer Diskussionen. Auf Grundlage fachlicher Expertengutachten sei die Maßnahme Fahrradstraße mit nur einer Gegenstimme im Ausschuss beschlossen worden.

Im politischen Diskurs sei es darüber hinaus nicht zu verstehen, dass bei einer verlorenen Abstimmung ein gleichlautender Antrag gestellt würde. Da keinerlei neue Sachverhalte vorlägen lehne die CDU-Fraktion den vorliegenden Antrag ab.

Fraktionsvorsitzender Horst (FDP-Fraktion) zitiert aus der Niederschrift der betreffenden Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Planen und Verkehr und erläutert, dass die verkehrliche Situation seinerzeit ausführlich dargestellt worden sei. Aufgrund dieser ausführlichen Darstellungen sei die Maßnahme Fahrradstraße mit nur einer Gegenstimme beschlossen worden. Eine Abbindung für den Autoverkehr sei der richtige Weg um mehr Sicherheit für den Fahrradverkehr zu schaffen.

Fraktionsvorsitzender Vorkamp (CDU-Fraktion) legt im Anschluss dar, dass die Anwohner des Ammelner Weges nach der Entscheidung im Ausschuss ausführlich über die Planungen und die Beweggründe für die Entscheidung informiert worden seien. Seiner Meinung nach sei, bei zwar teilweise unterschiedlichen Meinungen, eine grundsätzliche Akzeptanz der geplanten Maßnahme festzustellen gewesen. Eine Entscheidung für mehr Sicherheit im Straßenverkehr, gerade für Fahrradfahrer, dulde keinen Aufschub. Die Maßnahme Fahrradstraße sei hierzu genau der richtige Weg.

Ratsherr Große-Berg (CDU-Fraktion) unterstützt diese Meinung und erklärt, dass gerade die derzeitige Situation sehr gefährlich sei, da Fahrradfahrer, wie von Bürgermeister Büter bereits dargelegt, den Ammelner Weg bei durchfahrendem Autoverkehr queren müssten.

Ratsherr Frankemölle (WGW-Fraktion) erklärt hierzu abschließend, dass die Fahrradfahrer den Ammelner Weg einmal queren müssten, da der Radweg ende. Auf der Breslauer Straße und der Danziger Straße hingegen gäbe es überhaupt keinen Fahrradweg, hier führen die Radfahrer dauerhaft auf der Fahrbahn.

Der Antrag der WGW-Fraktion auf Rückstellung der Umwidmung der Straße Ammelner Weg zur Fahrradstraße vom 15.04.2013 wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:

18 Ja-Stimmen
17 Nein-Stimmen

Zum Ende der öffentlichen Sitzung erläutert Verwaltungsvorstand Kühlkamp, dass eine positive Entscheidung des Schulministeriums bezüglich der Bildung einer Eingangsklasse an der Annette-von-Droste-Hülhoff-Schule in Alstätte zum Schuljahr 2013/2014 vorliege. Dies sei aus schulplanerischer Sicht sehr zu begrüßen.

Als Voraussetzung nenne das Ministerium den zügigen Abschluss der Schulentwicklungsplanung. Dies wird von Verwaltungsvorstand Kühlkamp zugesichert.

Fraktionsvorsitzender Ruwe (UWG-Fraktion) erkundigt sich nach dem Verbleib der Förder-schüler, die bislang ebenfalls an der Hülshoff-Schule in Alstätte unterrichtet worden seien.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp erklärt, dass die integrative Lerngruppe unabhängig von der vorliegenden Entscheidung bezüglich der Einstiegsklasse an die Anne-Frank-Realschule wechseln würde.

Ratsherr Eisele von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, wann die überarbeitete Schulentwicklungsplanung vorliege.

Verwaltungsvorstand Kühlkamp sichert zu, die Schulentwicklungsplanung bis zu den Sommerferien abzuschließen.

Im weiteren Verlauf nimmt Beigeordneter Beckmann Bezug auf ein Schreiben der WGW-Fraktion und erläutert zur Rahmenplanung des Baugebietes Wüllen-Nord, dass hier derzeit Prüfungen bezüglich einer Änderung der Reihenfolge unter Berücksichtigung städtischer Flächen liefen.

Abschließend gibt Beigeordneter Beckmann Informationen zum Abriss des VHS-Gebäudes. Es habe hier kurzfristig Platzbedarf für die geplante Hackschnitzel-Heizanlage am Schulzentrum gegeben, weswegen das alte Gebäude habe weichen müssen.

Auch im Hinblick auf die Eingangsgestaltung der neu entstehenden Gesamtschule sei ein frühzeitiger Abriss notwendig gewesen.

Da auch der Spielmannszug bereits eine andere Unterkunft gefunden habe und im Hinblick auf die aus der Bevölkerung häufiger auftretenden Beschwerden ob des Zustandes des Gebäudes habe man sich entschieden, den Abriss nunmehr anzugehen.

Mit der Versicherung liefen weiterhin Gespräche bezüglich einer Neuwertentschädigung, nachdem eine Restwertentschädigung bereits gezahlt worden sei.

Zum Ende des nicht-öffentlichen Teils der Sitzung bittet Bürgermeister Büter die Ratsmitglieder, soweit noch nicht geschehen, um An-, bzw. Abmeldung zur Rätefahrt.

Ferner weist er auf folgende Termine hin:

- 30.04.2013 - Königskonzert in Haaksbergen
- 02.05.2013 - Besichtigung Brennelemente-Zwischenlager
- 28.06.2013, 14:00 Uhr - offizielle Veranstaltung zum Jubiläum der Städtepartnerschaft Ahaus-Haaksbergen an der Haarmühle

Im Anschluss bittet er die Fraktionen der CDU, SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen um Vorlage der Berichte zu den Geschäftsführungskosten.

Beigeordneter Beckmann beantwortet schließlich die Fragen der Ratsherren Herickhoff (SPD-Fraktion) und Witte (CDU-Fraktion) zu TOP 3.1 der öffentlichen Sitzung. Die Gesamtfläche von ca. 19.000 qm sei im Jahr 2004 zu einem Preis von 400.000,00 € erworben worden. In der Anlagenbuchhaltung werde das Grundstück mit einem Wert von 66.328,84 € veranschlagt.

Sollte die nördliche Fläche (BF 1) in der Größe von ca. 10.500 qm als landwirtschaftliche Ackerfläche verbleiben, ergäbe sich hier ein Wert von 6,33 €/qm, der bereits den kompletten Buchwert decke.

Für die verbleibende restliche Nettowohnbaufläche ergäbe sich zur Refinanzierung des damaligen Kaufpreises ein Wohnbaulandpreis von 62,84 €/qm zzgl. Erschließungskosten.

Dies ergebe sich aus folgender Berechnung:

$$\frac{\text{Kaufpreis } 400.000,00 \text{ €} \cdot \text{Buchwert } 66.328,84 \text{ €}}{\text{städtische Nettowohnbaufläche } 5.300 \text{ qm}}$$

Somit ergebe sich kein Verlust.

Zur Frage der Vertragspartner führt Beigeordneter Beckmann aus, dass die Fläche 2004 von Herrn Banken erworben worden sei. Hier bestünden noch Ansprüche auf Wohnbaulandflä-

chen in Größe von rund 1.650 qm, die vertraglich vereinbart seien. Diese Ansprüche seien aus der vorgenannten städtischen Nettowohnbaufläche bereits herausgerechnet.

Bürgermeister Büter ergänzt, dass noch geprüft werden müsse, in welchem Umfang die Ansprüche des Herrn Banken noch bestünden, da die geplante Umsetzung nicht mehr vollständig möglich sei.

Im Anschluss an den nicht-öffentlichen Teil eröffnet Bürgermeister Büter erneut die öffentliche Sitzung und beantwortet folgende Fragen der Ratsmitglieder:

- Fraktionsvorsitzender Löhring (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) zur Ausgestaltung der Beschäftigungsverhältnisse der Friedhofslosten, zum Bauvorhaben gegenüber der Volksbank am Kreisverkehr an der Wessumer Straße sowie zum Verbleib der Rutsche am Rodelberg.
- Ratsherr Eisele (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) zur gesetzlich gegebenen Möglichkeit, auf das letzte Jahr der Amtsperiode zu verzichten und die Bürgermeisterwahl mit der 2014 anstehenden Kommunalwahl zusammenzulegen.
- Ratsfrau Lange-Röttger (UWG-Fraktion) zu Sicherheitsvorkehrungen im Zuge des Abrisses des Hallenbades.

Felix Büter
(Vorsitzender)

Fabian Wellers
(Schriftführer)